

**ZUR INFORMATION**

ERSTER PUNKT DER TAGESORDNUNG

**Der Globale Beschäftigungspakt:
Grundsatzpolitische Kohärenz und
internationale Koordination****Einleitung**

1. Der Globale Beschäftigungspakt sieht zur Verwirklichung seiner Ziele und im Hinblick auf die Verbesserung grundsatzpolitischer Kohärenz und internationaler Koordination eine enge Zusammenarbeit zwischen der IAO, den Vereinten Nationen (VN) und den anderen in Frage kommenden internationalen Organisationen vor. Seit Juni sind wichtige Schritte in dieser Richtung unternommen worden, und auf verschiedenen internationalen Treffen wurde eine Unterstützung des Globalen Beschäftigungspaktes zum Ausdruck gebracht. Diese Vorlage gibt einen Überblick über die Dimensionen der grundsatzpolitischen Kohärenz und internationalen Koordination des Globalen Beschäftigungspaktes und schlägt künftige Aktionslinien vor.
2. Bei den in der Vorlage behandelten Organisationen und Treffen handelt es sich um die VN, die G20, die G8 und verschiedene andere internationale und regionale Organisationen. Die Mitteilung des Generaldirektors und der Bericht der IAO für den Gipfel der G20-Führer in Pittsburgh sind dieser Vorlage ebenso beigelegt wie ein Addendum mit einem Überblick über die neuesten internationalen Wirtschaftsprognosen.

Die Vereinten Nationen

3. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen billigte das Ergebnis der VN-Konferenz über die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise und ihre Auswirkungen auf die Entwicklung, die vom 24. bis 26. Juni in New York stattfand¹. Die Konferenz äußerte ernste Sorge, dass „der in den letzten Jahren insbesondere im Hinblick auf die international vereinbarten Entwicklungsziele, einschließlich der Millenniums-Entwicklungsziele, erzielte wirtschaftliche und soziale Fortschritt ... nun in den Entwicklungsländern, vor allem in den am wenigsten entwickelten Ländern, bedroht (ist)“. Das umfassende Ergebnisdokument schließt mit einem Abschnitt über das weitere Vorgehen, in dem die internationale

¹ UN General Assembly: *Outcome of the Conference on the World Financial and Economic Crisis and Its Impact on Development*, 2009 (A/RES/63/303).

Arbeitsorganisation gebeten wird, „der Arbeitstagung des Wirtschafts- und Sozialrats im Juli 2009 den ... ‚Globalen Beschäftigungspakt‘ vorzulegen, der auf der Grundlage der Agenda für menschenwürdige Arbeit einen beschäftigungsintensiven Aufschwung aus der Krise fördern und ein Muster für ein nachhaltiges Wachstum vorzeichnen soll“.

4. Der Präsident des Wirtschafts- und Sozialrates (ECOSOC) ersuchte den Generaldirektor, den Globalen Beschäftigungspakt auf seiner Tagung im Juli vorzustellen, die anschließend eine Resolution mit dem Titel „Erholung von der Krise: Ein Globaler Beschäftigungspakt“ annahm, in der die Billigung des Paktes durch die IAO begrüßt wurde. Sie legt den Mitgliedstaaten nahe, den Pakt zu fördern und umfassend als allgemeinen Rahmen zu nutzen, innerhalb dessen jedes Land entsprechend seinen Umständen und Prioritäten ein Maßnahmenbündel schnüren kann. Ferner ersuchte die Resolution die Fonds und Programme der Vereinten Nationen sowie die Sonderorganisationen, durch ihre diesbezüglichen Entscheidungsprozesse den Globalen Beschäftigungspakt bei ihren Maßnahmen und Programmen zu berücksichtigen und die Integration des grundsatzpolitischen Gehaltes des Paktes in die Tätigkeiten des Systems der Residierenden Koordinatoren und der Ländertteams der Vereinten Nationen in Betracht zu ziehen. Außerdem fordert sie die internationalen Finanzinstitutionen und andere in Frage kommende internationale Organisationen auf, im Einklang mit ihren Mandaten den grundsatzpolitischen Gehalt des Globalen Beschäftigungspaktes in ihre Tätigkeit zu integrieren. Sie anerkennt, dass die Umsetzung der Empfehlungen und grundsatzpolitischen Optionen des Globalen Beschäftigungspaktes die Prüfung von Fragen der Finanzierung und des Kapazitätsaufbaus erfordert und dass die am wenigsten entwickelten und die Entwicklungs- und Transformationsländer, die über unzureichenden fiskalischen Spielraum zur Annahme von Reaktions- und Konjunkturmaßnahmen verfügen, besondere Unterstützung benötigen. Die Empfehlung schließt mit dem an den Generalsekretär gerichteten Ersuchen, dem Wirtschafts- und Sozialrat auf seiner Arbeitstagung im Jahr 2010 über Fortschritte zu berichten². Auf seiner zweiten ordentlichen Tagung vom 8. bis 11. September 2009 beschloss der Exekutivrat des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP), einen Punkt über Folgemaßnahmen zur ECOSOC-Resolution in die Tagesordnung seiner ordentlichen Tagung vom 19. bis 22. Januar 2010 aufzunehmen.
5. In einer weiteren parallelen Entwicklung billigte der Koordinierungsrat der Leiter der Organisationen des Systems der Vereinten Nationen (CEB) im April neun gemeinsame Kriseninitiativen³ als Instrument zur Koordination der Bemühungen der VN um ein einheitliches Vorgehen bei der Unterstützung von Ländern und der globalen Gemeinschaft mit dem Ziel, der Krise zu begegnen, die Erholung zu beschleunigen und eine faire und integrative Globalisierung zu schaffen. Der Globale Beschäftigungspakt der IAO bekräftigt die Unterstützung der Rolle der IAO im CEB. Die Initiativen wurden von dem Hochrangigen Ausschuss für Programmfragen unter Vorsitz des IAA-Generaldirektors entwickelt. Dabei handelt es sich um Initiativen zur Förderung von Investitionen in langfristige ökologische Nachhaltigkeit, den Globalen Beschäftigungspakt – Stärkung von Beschäftigung, Produktion, Investitionen und der Gesamtnachfrage, die Förderung menschenwürdiger Arbeit für alle und eine soziale Grundsicherung, die Zugang zu grundlegenden sozialen Diensten, Unterkünfte sowie die Ermächtigung und den Schutz armer und verletzlicher Menschen gewährleistet. Seit April haben federführende Organisationen mit einer Gruppe von Hilfsorganisationen zusammengearbeitet, um die gemeinsame Arbeit an den neun Initiativen voranzutreiben. Die IAO ist die federführende Organisation für die Initiative des Globalen Beschäftigungspaktes und gemeinsam mit der Weltgesundheitsorganisation (WHO) für die soziale Grundsicherung. In seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Hochrangigen Ausschusses für Programmfragen lud der Generaldirektor die Leiter der

² UN Economic and Social Council: *Recovering from the crisis: A Global Jobs Pact*, Juli 2009 (E/2009/L.24) (auf Anfrage erhältlich).

³ <http://hlcp.unsystemceb.org/JCI>.

federführenden Organisationen der gemeinsamen Kriseninitiativen des CEB zu einem Treffen ein, das am 7. Juli 2009 in Genf stattfand. Anschließend versandte Helen Clark als Vorsitzende der Gruppe der Vereinten Nationen für Entwicklungsfragen (UNDG) ein Schreiben an alle in Ländern Residierenden Koordinatoren, in dem sie diese eindringlich ersuchte, sich gemeinsam mit den VN-Landesteams um rasche und relevante Wege für eine operative Unterstützung von Regierungen zu bemühen, die ein Interesse an den gemeinsamen Kriseninitiativen bekunden.

6. Ein weiterer Bereich für gemeinsames Handeln innerhalb des VN-Systems ist die Arbeit zur Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele (MEZ). Unter Ziel 1 zur Beseitigung der extremen Armut und des Hungers bezieht sich die Zielvorgabe 2 auf die Verwirklichung produktiver Vollbeschäftigung und menschenwürdiger Arbeit für alle, einschließlich Frauen und junger Menschen. Die IAO leistete einen Beitrag zum VN-Bericht von 2009 über die Millenniums-Entwicklungsziele, in dem gezeigt wird, dass die Krise die Verwirklichung vieler MEZ gefährdet⁴. Darüber hinaus wird „Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle“ ein Thema der Zweiten Dekade der Vereinten Nationen für die Beseitigung der Armut (2008-2017) sein, das mit einem Bericht des Generalsekretärs auf der 65. Tagung der Generalversammlung wieder aufgegriffen werden soll⁵. 21 Organisationen des VN-Systems haben gemeinsam einen systemweiten Aktionsplan der VN entwickelt, der zur Unterstützung nationaler Bemühungen um die Förderung von Beschäftigung und menschenwürdiger Arbeit zur Beseitigung von Armut im Rahmen ihrer jeweiligen Kapazitäten und Fachkenntnisse für mehr Kohärenz und Synergien sorgen soll. Neben diesen intensiven Arbeiten zur Beseitigung von Armut fördert die IAO weiterhin aktiv den CEB-Toolkit *on Mainstreaming Employment and Decent Work*.

Der Gipfel der G20-Führer in Pittsburgh

7. Die Führer der Gruppe der 20 trafen vom 24. bis 25. September in Pittsburgh zusammen. Hier sei daran erinnert, dass der G20-Gipfel im April in London die IAO ersucht hatte, gemeinsam mit anderen einschlägigen Organisationen die bereits ergriffenen und künftig erforderlichen grundsatzpolitischen Maßnahmen im Bereich der Beschäftigung und des sozialen Schutzes zu beurteilen, und dass dies im Pakt begrüßt worden war. Diesem Ersuchen entsprechend war der Generaldirektor des IAA auf den Gipfel eingeladen worden, wo er zwei Papiere zum Thema „Protecting people, promoting jobs“ vorlegte⁶.

Die Berichte der IAO an den Gipfel der G20-Führer

8. In den Berichten der IAO an den Gipfel der G20-Führer wurde geschätzt, dass durch die von den G20-Regierungen seit Ausbruch der Wirtschaftskrise ergriffenen Maßnahmen im

⁴ United Nations: *The Millennium Development Goals Report 2009*, unter www.un.org/millenniumgoals/pdf/MDG_Report_2009_ENG.pdf.

⁵ UN General Assembly: *Second United Nations Decade for the Eradication of Poverty (2008-2017)*, März 2009 (A/RES/63/230), unter <http://daccessdds.un.org/doc/UNDOC/GEN/N08/484/59/PDF/N0848459.pdf?OpenElement>.

⁶ Siehe *Protecting people, promoting jobs: From crisis response to recovery and sustainable growth. Communication to G20 Leaders by ILO Director-General* und *Protecting people, promoting jobs: A survey of country employment and social protection policy responses to the global economic crisis: An ILO report to the G20 Leaders' Summit*. Beide Papiere wurden am 22. September den Mitgliedern des Verwaltungsrats mit der Bitte um Kommentare zugesandt. Die von zwei Mitgliedern erhaltenen Antworten werden im Anhang dieser Vorlage aufgeführt.

Bereich der Beschäftigung und des sozialen Schutzes in den G20-Ländern in diesem Jahr sieben bis zehn Millionen Arbeitsplätze geschaffen oder erhalten wurden. Die IAO prognostizierte ferner, dass die ab 2009 weltweit anhaltende Schwäche des Arbeitsmarktes die globale Arbeitslosigkeit gegenüber 2007 um 39 bis 61 Millionen Arbeitnehmer ansteigen lassen würde, was zu einer globalen Arbeitslosigkeit von 219 bis 241 Millionen Menschen – dem höchsten je verzeichneten Stand – führen würde. Im Bericht *Protecting people, promoting jobs: A survey of country employment and social protection policy responses to the global economic crisis* wurden die von Mitte 2008 bis 30. Juli 2009 in 54 Ländern ergriffenen Maßnahmen untersucht, wobei es sich um Länder sämtlicher Einkommensniveaus und Regionen und 32 Einzelmaßnahmen handelte, die vier Bereichen zugeordnet wurden, namentlich Stimulierung der Nachfrage nach Arbeit, Stützung von Arbeitsplätzen, Arbeitssuchenden und Arbeitslosen, Erweiterung des Sozialen Schutzes und der Nahrungsmittelsicherheit und die Anwendung von sozialem Dialog und der Schutz der Rechte bei der Arbeit.

9. Dem Bericht zufolge entsprachen die durch die Maßnahmen der G20-Länder erhaltenen oder geschaffenen Arbeitsplätze 29 bis 43 Prozent des Gesamtzuwachses der Arbeitslosigkeit im ersten Halbjahr 2009, was bedeutet, dass die Arbeitslosigkeit ohne solche Maßnahmen in diesen Ländern wesentlich höher gewesen wäre. Die Studie der IAO kam zu dem Schluss, dass es sich bei den sechs häufigsten Maßnahmen um Folgendes handelte: zusätzliche Infrastrukturausgaben, Subventionen und Steuererleichterungen für Kleinbetriebe, Kredite für Kleinbetriebe, Ausbildungsprogramme und -einrichtungen, Beratungen mit den Verbänden der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer und sozialen Schutz durch Bargeldtransfers. Diese Maßnahmen gehören auch zu den im Globalen Beschäftigungspakt genannten grundsatzpolitischen Optionen.
10. Der Bericht der IAO stellt fest, dass die ersten Reaktionen zwar darauf ausgerichtet waren, einen drastischen Rückgang der Beschäftigung zu vermeiden und die Auswirkungen auf die schutzbedürftigsten Menschen zu lindern, Länder haben sich jedoch auch verstärkt darum bemüht, durch Investitionen in neue Infrastruktur und die Vorbereitung der Erwerbstätigen auf strukturelle Veränderungen, z. B. Anpassungen an niedrigere CO₂-Emissionen, den Aufschwung vorzubereiten. Der Bericht der IAO stellte fest, dass Länder mit niedrigem Einkommen zusätzliche Hilfen benötigen, um ihre Reaktionen auf die Krise im Bereich der Beschäftigung und des sozialen Schutzes zu stärken.
11. Im Bericht wurde auch festgestellt, dass nicht genug Aufmerksamkeit darauf gerichtet worden war, zusätzliche Maßnahmen gegen Arbeitskräftehandel und Kinderarbeit zu ergreifen, den Zugang von Kleinbetrieben zu öffentlichen Ausschreibungen zu erleichtern, Beratungen auf sektoraler Ebene zu fördern, die Kapazität der Arbeitsaufsicht zu stärken und Arbeitsmigranten zu schützen.
12. Der Bericht verwies auf die Tatsache, dass jedes Jahr, vor allem in Entwicklungsländern, 45 Millionen junge Frauen und Männer in den globalen Arbeitsmarkt eintreten, was zusätzlichen Druck für Arbeitsmärkte bedeutet, die bereits durch eine hohe Anzahl informeller Arbeitskräfte, Arbeitsloser, entmutigter Arbeitssuchender und unfreiwillig Teilzeitarbeitender einer hohen Belastung ausgesetzt sind. Zusammengenommen bedeuten die Neuzugänge und die wachsende Arbeitslosigkeit jetzt und in der unmittelbaren Zukunft eine gewaltige Herausforderung im Bereich der Beschäftigung. Ein starkes Wirtschaftswachstum sowie ein hoher Beschäftigungsgehalt des Wachstums sind unverzichtbar. Denn sonst wird – selbst wenn der Aufschwung langsam Fuß fasst – noch einige Jahre lang ein deutlicher Mangel an verfügbaren Arbeitsplätzen bestehen. Daher ist entschlossenes Handeln erforderlich.

Die Erklärung der Staats- und Regierungschefs

13. Der Gipfel nahm eine Erklärung an, in der die Staats- und Regierungschefs⁷ sich verpflichteten, „einen Rahmen einzurichten, der die Maßnahmen und die Art und Weise zeigt, wie wir gemeinsam handeln können, um ein starkes, nachhaltiges und ausgewogenes globales Wachstum zu erzeugen. Wir brauchen eine dauerhafte wirtschaftliche Erholung, die die guten Arbeitsplätze schafft, die unsere Menschen benötigen“. In ihren Bemerkungen vor, während und nach dem Gipfel gingen viele Führer auf die Herausforderung der Beschäftigungskrise ein und dankten der IAO für ihre Beiträge zu dem Treffen.
14. Vor dem Hintergrund von Anzeichen, dass zwar eine schwere globale wirtschaftliche Katastrophe vermieden worden war, eine Zunahme des Wachstums in vielen Ländern jedoch noch immer stark von öffentlichen Konjunkturmaßnahmen abhängig ist, kamen die Führer überein, „unsere Maßnahmen zur Stützung der wirtschaftlichen Aktivität solange aufrecht zu erhalten, bis die wirtschaftliche Erholung gesichert ist“. Neben der Initiierung des neuen Rahmens für starkes, nachhaltiges und ausgewogenes globales Wachstum billigt die Erklärung „Grundlegende Werte für nachhaltiges Wirtschaften“, die auf die Vorschläge der deutschen Kanzlerin Merkel für eine Reihe von Grundsätzen für die globale Wirtschaft aufbauen.
15. Die Erklärung befasst sich mit einer Vielzahl krisenrelevanter Fragen, die als Teil des Rahmens für starkes, nachhaltiges und ausgewogenes Wachstum angesehen werden. Dazu zählen auch detaillierte Verpflichtungen unter der Überschrift „Gute Arbeitsplätze ins Zentrum der wirtschaftlichen Erholung rücken“. Der Text lautet wie folgt:

43. Die rasche, entschlossene und nachhaltige Reaktion unserer Länder hat Millionen Arbeitsplätze erhalten oder geschaffen. Nach Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) werden unsere Bemühungen bis Ende dieses Jahres mindestens sieben bis elf Millionen Arbeitsplätze erhalten oder geschaffen haben. Ohne nachhaltiges Handeln ist davon auszugehen, dass die Arbeitslosigkeit in vielen unserer Länder selbst nach einer Stabilisierung der Wirtschaft weiter ansteigt mit unverhältnismäßig starken Auswirkungen auf die besonders schutzbedürftigen Schichten unserer Bevölkerung. Bei der Rückkehr des Wachstums muss jedes Land sicherstellen, dass sich auch die Beschäftigung rasch erholt. Wir verpflichten uns zur Durchführung von Konjunkturplänen, die menschenwürdige Arbeit stützen, zur Erhaltung von Arbeitsplätzen beitragen und dem Wachstum der Beschäftigung Vorrang einräumen. Darüber hinaus werden wir Arbeitslosen und den am stärksten von Arbeitslosigkeit bedrohten Menschen weiterhin Einkommen, sozialen Schutz und Ausbildungshilfen zur Verfügung stellen. Wir sind uns einig, dass die gegenwärtigen Herausforderungen nicht als Vorwand dienen dürfen, um international anerkannte Arbeitsnormen zu missachten oder zu schwächen. Wenn wir gewährleisten wollen, dass das globale Wachstum für alle von Nutzen ist, dann sollten wir Politiken umsetzen, die mit den grundlegenden Prinzipien und Rechten bei der Arbeit der IAO in Einklang stehen.

44. Unser neuer Rahmen für starkes, nachhaltiges und ausgewogenes Wachstum erfordert strukturelle Reformen zur Schaffung integrativerer Arbeitsmärkte, aktive Arbeitsmarktpolitiken und hochwertige Bildungs- und Ausbildungsprogramme. Jedes unserer Länder wird durch eigene innerstaatliche Maßnahmen die Fähigkeit unserer Arbeitnehmer stärken müssen, sich an wandelnde Marktanforderungen anzupassen und aus Innovationen und Investitionen in neue Technologien, saubere Energien, Umwelt, Gesundheit und Infrastruktur Vorteile zu ziehen. Es reicht nicht mehr aus, Arbeitskräfte auszubilden, damit sie bestimmten aktuellen Bedürfnissen gerecht werden können; wir sollten Zugang zu Ausbildungsprogrammen gewährleisten, die eine lebenslange Qualifikationsentwicklung ermöglichen und auf zukünftige Marktbedürfnisse ausgerichtet sind. Die entwickelten Länder sollten Entwicklungsländer dabei unterstützen, ihre Fähigkeiten in diesem Bereich aufzubauen und zu stärken. Diese Schritte werden dazu beitragen, dass möglichst viele Menschen an den Vorteilen teilhaben, die sich aus neuen Erfindungen und dem Abbau bestehender Wachstumshindernisse ergeben.

⁷ www.pittsburghsummit.gov/mediacenter/129639.htm.

45. Wir verpflichten uns zur Unterstützung energischer Ausbildungsbemühungen bei unseren Wachstumsstrategien und -investitionen. Wir sind uns darüber im Klaren, dass erfolgreiche Beschäftigungs- und Ausbildungsprogramme oft gemeinsam mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern konzipiert werden, und wir rufen die IAO auf, in Partnerschaft mit anderen Organisationen ihre Mitgliedsgruppen und nichtstaatliche Organisationen zusammenzubringen, um eine uns zur Prüfung vorzulegende Ausbildungsstrategie zu entwickeln.

46. Wir sind uns einig, wie wichtig es ist, einen beschäftigungsorientierten Rahmen für künftiges Wirtschaftswachstum zu erstellen. In diesem Kontext bekräftigen wir die Bedeutung der Londoner Beschäftigungskonferenz und des Sozialgipfels in Rom. Wir begrüßen auch die vor kurzem angenommene Entschließung der IAO über die *Erholung von der Krise: Ein Globaler Beschäftigungspakt*, und wir verpflichten unsere Nationen, Schlüsselemente ihres allgemeinen Rahmens zur Förderung der sozialen Dimension der Globalisierung zu übernehmen. Die internationalen Institutionen sollten die Normen der IAO und die Ziele des Beschäftigungspaktes bei ihren Analysen von Krisen und der Krisenfolgezeit und ihrer Politikgestaltung berücksichtigen.

47. Um sicherzustellen, dass wir der Beschäftigungspolitik weiterhin Aufmerksamkeit schenken, hat der Vorsitzende des Gipfels von Pittsburgh seinen Arbeitsminister gebeten, unsere Minister für Arbeit und Beschäftigung einzuladen, Anfang 2010 nach Gesprächen mit Gewerkschaften und Unternehmen und aufbauend auf die demnächst stattfindende OECD-Tagung der Minister für Arbeit und Beschäftigung über die Beschäftigungskrise als Gruppe zusammenzutreffen. Wir haben unsere Minister angewiesen, die sich verändernde Beschäftigungssituation zu verfolgen, Berichte von der IAO und anderen Organisationen über die Auswirkungen der von uns getroffenen Maßnahmen zu überprüfen, zu berichten, ob weitere Maßnahmen wünschenswert sind, und mittelfristige Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen, Programme des sozialen Schutzes und vorbildliche Praktiken in Erwägung zu ziehen um sicherzustellen, dass Arbeitnehmer Fortschritte in Wissenschaft und Technologie zu ihrem Vorteil nutzen können.

16. Das nächste Treffen der G20-Staats- und Regierungschefs wird im Juni 2010 in Kanada stattfinden, und ein weiteres Treffen wird vor Ablauf des Jahres 2010 in der Republik Korea veranstaltet werden. Die G20 wurde als das „wichtigste Forum für unsere internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit“ bezeichnet. 2011 wird Frankreich den Gipfel der G20-Führer ausrichten, der dann voraussichtlich jedes Jahr stattfinden wird.

Der G8-Gipfel in L’Aquila

17. Der G8-Gipfel 2009, zu dem der Generaldirektor eingeladen worden war, fand vom 8. bis 10. Juli in L’Aquila in Italien statt. Der Gipfel verabschiedete verschiedene Texte, darunter eine Erklärung über die gemeinsame Verantwortung für eine nachhaltige Zukunft⁸. Ein Abschnitt der Erklärung über den Umgang mit der sozialen Dimension der Krise lautet wie folgt:

37. Im Kontext eines neuen globalen Rahmens kommt der Sozial- und Beschäftigungspolitik eine tragende Rolle zu. Die Maßnahmen sollten die Existenzgrundlage von Menschen und Haushalten sichern und Langzeitarbeitslosigkeit verhindern; besondere Aufmerksamkeit sollte dabei den schwächsten Gruppen gelten, wobei geschlechtsspezifische Aspekte zu berücksichtigen sind. Industrie-, Schwellen und Entwicklungsländer sowie internationale Institutionen sollten zusammenarbeiten, um beschäftigungsorientiertes Wachstum zu sichern und den sozialen Zusammenhalt zu fördern. Die Weiterentwicklung der IAO-Agenda für menschenwürdige Arbeit auf der Grundlage der Entschließung der IAO „Erholung von der Krise: Ein Globaler Beschäftigungspakt“ ist wichtig, um weltweit auf die Krise zu reagieren und die

⁸ L’Aquila-G8-Erklärung über gemeinsame Verantwortung für eine nachhaltige Zukunft, unter <http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/G/g8-erklaerung-nachhaltige-zukunft,property=pdf,bereich=bmwi,sprache=de,rwb=true.pdf>.

soziale Dimension der Globalisierung voranzubringen. Regierungen und Unternehmen darf die Krise nicht als Vorwand dienen, um die Achtung der Arbeitnehmerrechte oder den Schutz der Arbeitnehmer einzuschränken. Wir verpflichten uns, die Beschäftigung und den sozialen Schutz auf globaler Ebene und die Einhaltung international anerkannter Arbeitsrechte, wie sie in der IAO-Erklärung über grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit und ihre Folgemaßnahmen niedergelegt sind, zu fördern. Wir verpflichten uns darüber hinaus, uns mit der menschlichen Dimension der Krise zu befassen und das Wachstum auf stabilerer Grundlage wiederherzustellen.

Treffen der Europäischen Union (EU), der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), der Afrikanischen Union (AU), der Organisation der Amerikanischen Staaten (OAS), der Asiatischen Entwicklungsbank (ADB) und des Arabischen Beschäftigungsforums (AEF)

18. Auf ihrem informellen Treffen in Brüssel am 17. September zur Vorbereitung des Gipfels in Pittsburgh vereinbarten die Staats- und Regierungschefs der EU Folgendes: „Um einen dauerhaften Ausschluss vom Arbeitsmarkt zu vermeiden, ist besonderes Augenmerk zu richten auf i) den Erhalt von Arbeitsplätzen, die Schaffung neuer Arbeitsplätze und die Förderung der Mobilität, ii) die Verbesserung der Qualifikationen und die Anpassung an die Anforderungen des Arbeitsmarktes sowie iii) den besseren Zugang zur Beschäftigung. Ferner ist es notwendig, die Fähigkeit der Arbeitnehmer, sich an die sich ändernden Marktbedingungen anzupassen, zu verbessern und sie dafür zu rüsten, die neuen Investitionen in den Bereichen saubere Energie, Gesundheit und Infrastruktur für sich zu nutzen. Beschäftigung und sozialer Zusammenhalt müssen im Mittelpunkt stehen. In diesem Zusammenhang begrüßen wir den jüngst verabschiedeten Globalen Beschäftigungspakt der Internationalen Arbeitsorganisation“.

19. Vom 28. bis 29. September trafen die *OECD-Minister für Arbeit und Beschäftigung* mit ihren Amtskollegen aus Chile, Estland, Israel, der Russischen Föderation, Slowenien und Brasilien in Paris zusammen. Der Generaldirektor des IAA war zur Teilnahme an dem Treffen eingeladen worden, und er legte einen Bericht über den G20-Gipfel in Pittsburgh vor. In ihrem Kommuniqué⁹ erklärten die Minister Folgendes:

In der Erkenntnis, das auf internationaler wie nationaler Ebene bereits bedeutsame Maßnahmen ergriffen worden sind, um den Auswirkungen des Abschwungs entgegenzuwirken, begrüßten die Minister die ersten Anzeichen einer wirtschaftlichen Erholung. Sie betonten jedoch, dass sie auch nach einer Festigung des Aufschwungs noch länger mit der Bewältigung der Folgen in Form von hoher und dauerhafter Arbeitslosigkeit konfrontiert sein werden. Sie waren sich darin einig, dass umfassende arbeits- und sozialpolitische Maßnahmen angesichts der Schwere der Rezession von wesentlicher Bedeutung sind, um die Beschäftigungskrise zu bewältigen und die Rückkehr zu einem kräftigen Wirtschaftswachstum zu fördern, und sie forderten die OECD auf, die Folgen im Hinblick auf ihre neu bewertete Beschäftigungsstrategie zu beurteilen.

20. Die *Dreigliedrige Kommission für Arbeits- und Sozialfragen der Afrikanischen Union* empfahl in den Schlussfolgerungen der in Addis Abeba vom 28. September bis 2. Oktober abgehaltenen Tagung, den Globalen Beschäftigungspakt in nationale Aktionspläne zu

⁹ OECD-Minister für Arbeit und Beschäftigung: *Kommuniqué – Die Beschäftigungskrise bewältigen: Die Reaktion der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik*, Paris, 29. Sept. 2009, unter http://www.oecd.org/document/44/0,3343,en_2649_34487_43793900_1_1_1_1,00.html.

übertragen, um der sich verschlechternden Beschäftigungs- und Armutssituation auf dem Kontinent Rechnung zu tragen. Die Kommission bekräftigte das Eintreten der Afrikanischen Union für den Globalen Beschäftigungspakt in Afrika, und sie begrüßte die Einladung des Präsidenten von Burkina Faso, Seiner Exzellenz Blaise Compaoré, zum ersten Afrikanischen Symposium über menschenwürdige Arbeit, das vom 1. bis 2. Dezember unter Teilnahme von Staatschefs, Arbeits- und Finanzministern und den Führern von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden in Ouagadougou veranstaltet wird. Die Kommission ersuchte die IAO, bei der Umsetzung des Paktes mit einschlägigen internationalen, regionalen und nationalen Organisationen zusammenzuarbeiten, und sie stimmte zu, nationale Entwicklungsrahmen daran anzupassen¹⁰.

21. Die XVI. *Interamerikanische Konferenz der Arbeitsminister* der Organisation Amerikanischer Staaten fand vom 6. bis 8. Oktober in Buenos Aires in Argentinien statt und verabschiedete eine Erklärung mit dem Titel „Bewältigung der Krise durch Entwicklung, menschenwürdige Arbeit und sozialen Schutz“¹¹. Der Generaldirektor nahm an der Konferenz teil. Die Erklärung umreißt ein umfangreiches Programm der Zusammenarbeit und billigt die Entschließung „Erholung von der Krise: Ein Globaler Beschäftigungspakt“, die ein Ergebnis der 98. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz ist und als Leitlinie für nationale und internationale Maßnahmen dienen soll, deren Ziel es ist, die wirtschaftliche Erholung zu fördern, Arbeitsplätze zu schaffen und arbeitenden Menschen und ihren Familien Schutz zu bieten“.
22. Die *Asiatische Entwicklungsbank* (ADB) veranstaltete vom 28. bis 30. September mit neun Entwicklungspartnern, darunter auch die IAO, in Hanoi eine Konferenz auf hoher Ebene zum Thema „Die Auswirkungen des globalen wirtschaftlichen Abschwungs auf Armut und nachhaltige Entwicklung in Asien und dem Pazifik“¹². Zum Abschluss der Konferenz erklärte Frau Schäfer-Preuss, Vizepräsidentin der ADB, durch den jüngsten globalen wirtschaftlichen Abschwung sei die Nachfrage nach den Ausfuhren eingebrochen, von denen die Wirtschaften der Region abhängig seien, was in vielen exportorientierten Branchen zu Stellenkürzungen und für Tausende von Menschen in der Region zu einem Rückgang der Einkommen geführt hätte. Viele müssten sich jetzt nach alternativen Beschäftigungsmöglichkeiten umsehen. Sie erklärte: „Die Schaffung von Bedingungen für gute Arbeitsplätze und – was noch wichtiger ist – von Programmen des sozialen Schutzes für diejenigen, die keine menschenwürdige Arbeit finden können, ist eine vordringliche Priorität für die Regierungen in Asien und dem Pazifik“. Auf der von der ADB gemeinsam mit den Regierungen Vietnams und Chinas, dem Sekretariat des Verbandes Südostasiatischer Nationen (ASEAN) und neun Entwicklungspartnern ausgerichteten Konferenz kamen 350 Vertreter der ADB, von regionalen Regierungen, der Zivilgesellschaft, zwischenstaatlichen Organisationen und Hochschuleinrichtungen zusammen, um die sozialen Auswirkungen der globalen Krise und die Notwendigkeit sozialpolitischer Reformen zu erörtern.
23. Auf dem gemeinsam von der IAO und der Arabischen Arbeitsorganisation (ALO) veranstalteten *Arabischen Beschäftigungsforum* (Beirut, 19. bis 21. Oktober) verabschiedeten dreigliedrige Delegierte aus 22 arabischsprachigen Ländern des Nahen Ostens und Afrikas eine Handlungsagenda, um den Globalen Beschäftigungspakt in der Region umzusetzen. Die Agenda legt das Schwergewicht insbesondere auf die Entwicklung von Kleinbetrieben,

¹⁰ African Union: *Declaration on the Implementation of the Global Jobs Pact in Africa*, Addis Abeba, 29. Sept. 2009 (auf Wunsch erhältlich).

¹¹ Organization of American States: *Declaration of Buenos Aires 2009: „Facing the Crisis with Development, Decent Work and Social Protection“*, 8. Okt. 2009, unter www.sedi.oas.org/ddse/english/cpo_trab_XVI_CIMT.asp#Hlk2.

¹² <http://www.adb.org/Documents/Events/2009/Poverty-Social-Development/>.

Qualifikationen, sozialen Schutz, sozialen Dialog und Rechte bei der Arbeit. Insbesondere billigt die Agenda eine Vereinbarung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, regelmäßig zusammenzutreffen, um wichtige Beschäftigungs- und Arbeitsfragen zu erörtern, und eine stärkere regionale Kooperation, auch im Rahmen einer IAO-ALO-Zusammenarbeit.

Den globalen Aufschwung sichern, die wirtschaftliche Entwicklung neu austarieren und den Beschäftigungsgehalt des Wachstums stärken

24. In den Monaten seit der Internationalen Arbeitskonferenz haben verschiedene wichtige internationale Konferenzen ihr Einverständnis mit der Notwendigkeit einer stärkeren grundsatzpolitischen Kohärenz und internationalen Koordination und den im Globalen Beschäftigungspakt enthaltenen grundsatzpolitischen Optionen zum Ausdruck gebracht. Eine Reihe von Umständen hat dazu beigetragen, dass die IAO und der Pakt so viel Unterstützung finden. Die Relevanz und der zeitgerechte Charakter der Initiative der IAO zeigten sich insbesondere im fortgesetzten Anstieg der Arbeitslosigkeit und anderer Indikatoren für Arbeitsmarktprobleme, der wachsenden Sorge über zunehmende Armut und der Einsicht, dass – wenn keine dringenden Maßnahmen ergriffen werden – die Beschäftigungskrise länger andauern könnte und so den wirtschaftlichen Aufschwung hemmt und soziale Spannungen verschärft. Die Finanzmärkte leiden immer noch unter einem hohen Volumen problematischer Vermögenswerte. Die neuesten Prognosen gehen von einer leichten Erholung im Jahr 2010 aus, die Situation einzelner Länder ist jedoch sehr unterschiedlich¹³.
25. Darüber hinaus haben die Mitgliedsgruppen der IAO beispiellose Bemühungen unternommen, um den Pakt vorzustellen und seine Bedeutung zu erläutern. Interventionen bei nationalen Regierungen mit dem Ziel, Staats- und Regierungschefs sowie andere Ministerien über das Potential des Paktes aufzuklären, intensive Lobbytätigkeiten der internationalen Netzwerke der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände und aktuelle Beiträge des Amtes zu internationalen Konferenzen und der Tätigkeit anderer einschlägiger internationaler Organisationen haben sämtlich dazu beigetragen, dass den grundsatzpolitischen Vorschlägen des Globalen Beschäftigungspaktes auf der politischen Agenda ein wichtiger Platz eingeräumt wird.
26. Die wichtigste Frage besteht in nächster Zeit darin, diese internationale Unterstützung in einer großen Anzahl von Ländern effektiv in Maßnahmen umzuwandeln. In der Vorlage GB.306/3/1 über die „Umsetzung des Globalen Beschäftigungspaktes“ wird die im Entwicklungsstadium befindliche Strategie zur Unterstützung der Bemühungen der Mitgliedsgruppen um eine Nutzung des Paktes umrissen. Der Beitrag und der Bericht der IAO an den Gipfel der G20-Führer in Pittsburgh erlaubt ebenfalls eine erste Einschätzung, in welchem Umfang Länder die im Pakt empfohlenen Maßnahmen umsetzen. Dabei zeigt sich, dass viele Länder Elemente des Maßnahmenpaktes des Paktes anwenden, und dass es mit Hilfe allgemeiner Konjunkturmaßnahmen gelungen ist, den Anstieg der Arbeitslosigkeit in G20-Ländern um etwa ein Drittel zu senken. Wie im Pakt selbst wurde jedoch auch im Beitrag der IAO Sorge geäußert, einige Länder würden nicht in der Lage sein, den Pakt ohne internationale Unterstützung umfassend zu nutzen, was auf eine Kombination von Faktoren wie eine schlechte Haushaltssituation, eine starke Auslandsverschuldung und eine schwache institutionelle Kapazität für Politikumsetzung zurückzuführen ist.

¹³ GB.306/WP/SDG/1/(Add.) gibt einen Überblick über die jüngsten Prognosen für die Weltwirtschaft.

Mögliche Finanzierungsquellen für nationale Bemühungen zur Nutzung des Globalen Beschäftigungspaktes

27. In der Erklärung der G20-Führer steht folgender Satz: „Die internationalen Institutionen sollten bei ihren Analysen von Krisen und der Krisenfolgezeit und ihrer Politikgestaltung die Normen der IAO und die Ziele des Beschäftigungspaktes berücksichtigen“. Auch vom Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen wird anerkannt, dass die Empfehlungen und Grundsatzoptionen des Globalen Beschäftigungspaktes finanzielle Mittel erfordern, und er fordert Geberländer und multilaterale Organisationen auf, finanzielle Mittel bereitzustellen, auch im Rahmen der bestehenden Krisenressourcen, um den Pakt umzusetzen¹⁴. Wie in Absatz 5 dargelegt, arbeitet die IAO eng mit der Gruppe der Vereinten Nationen für Entwicklungsfragen und dem Netzwerk der VN-Landesteams zusammen, um dieses Ziel zu erreichen.
28. Im Mai hat die Hochrangige Tagung des Beratenden Ausschusses für Entwicklungsfragen der OECD, an der sich 23 Geberländer und im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit aktive multilaterale Organisationen beteiligen, eine Grundsatzerklärung zum Thema „Die Rolle der Beschäftigung und des sozialen Schutzes: Wirtschaftswachstum armutsorientierter gestalten“ angenommen. In der Erklärung wurde anerkannt, dass es notwendig ist, in Partnerländern auf die wachsende Nachfrage nach verstärktem staatlichem Handeln im Bereich des sozialen Schutzes und der Beschäftigung einzugehen. „Produktive Beschäftigung und menschenwürdige Arbeit müssen ein Schlüsselziel der Entwicklungszusammenarbeit sein“¹⁵.
29. Auf der Tagung des Währungs- und Finanzausschusses am 4. Oktober in Istanbul verpflichtete sich der Internationale Währungsfonds (IWF),
- ...stützende steuer- und währungspolitische Maßnahmen sowie Politiken für den Finanzsektor fortzuführen, bis ein dauerhafter Aufschwung in Gang gekommen ist, und bereit zu stehen, gegebenenfalls weitere Maßnahmen zu ergreifen, um das Kreditwesen zu beleben, verlorengegangene Arbeitsplätze zu retten und Rückschläge bei der Armutsbekämpfung umzukehren. Wir betonen, dass vereinbarte Reformen des Finanzsektors und der Ordnungspolitik unverzüglich abgeschlossen werden sollten. Wir bekräftigen unsere gemeinsame Verantwortung, Protektionismus in all seinen Formen zu vermeiden. Es ist auch wichtig, die Bemühungen von Ländern mit niedrigem Einkommen um die Umsetzung ihrer langfristigen Entwicklungspläne und zur Bekämpfung von Armut weiter international zu unterstützen und die Auswirkungen der Krise auf diese Volkswirtschaften weiter zu überwachen¹⁶.
30. In ähnlicher Weise erklärten die Minister im Kommuniqué des IWF-Entwicklungsausschusses und der Weltbank vom 5. Oktober:

Aufgrund der Krise laufen weitere 90 Millionen Menschen Gefahr, bis Ende 2010 in extreme Armut zu geraten. Es besteht die Gefahr, dass unter großen Anstrengungen erkämpfte Fortschritte bei den Millenniums-Entwicklungszielen zunichte gemacht werden. Um die Armen zu schützen, haben wir die Mitglieder eindringlich ersucht, ihre Zusagen im Hinblick auf die Aufstockung von Hilfen und deren Wirksamkeit einzuhalten. Entwicklungsländer spielen bei der globalen Erholung eine wichtige Rolle, und ihre Fortschritte sind für zukünftiges Wachstum unverzichtbar. Wir begrüßen die von den Entwicklungsländern bei der Verbesserung ihrer grundsatzpolitischen Rahmen weiterhin erzielten Fortschritte und anerkennen,

¹⁴ UN Economic and Social Council: *Recovering from the crisis: A Global Jobs Pact*, a.a.O.

¹⁵ <http://www.oecd.org/dataoecd/63/9/43514572.pdf>.

¹⁶ www.imf.org/external/np/sec/pr/2009/pr09347.htm.

dass die Behandlung der Fragen finanzieller Einschränkungen und Investitionen in Entwicklungsländer für nachhaltiges Wachstum von entscheidender Bedeutung ist¹⁷.

- 31.** Auf dem in London in April stattfindenden G20-Gipfel wurden über eine Billion US-Dollar bereitgestellt, „um die Kreditvergabe, das Wachstum und Arbeitsplätze in der Weltwirtschaft wiederherzustellen“. Der Löwenanteil dieser Summe entfiel auf Kredite an den IWF, damit dieser seine Kreditvergabe intensivieren kann, enthalten waren jedoch auch 50 Milliarden US-Dollar, „um sozialen Schutz zu stützen, Handel zu stärken und die Entwicklung in Ländern mit niedrigem Einkommen abzusichern“¹⁸. Der IWF hat seine schwerpunktmäßige Unterstützung von Schwellenländern mit mittlerem Einkommen aufgestockt, indem er Instrumente wie *Flexible Credit Line* und *High Access Precautionary Arrangements* einsetzte, um die vorhandenen Reserven zu erhöhen. Die Mittel für zinsvergünstigte Kredite an Länder mit geringem Einkommen wurden verdoppelt. In seiner Rede vor der Jahresversammlung 2009 erklärte der Geschäftsführende Direktor des Fonds: „Wir haben die Vergabebedingungen gestrafft und konzentrieren uns auf die wesentlichen politischen Maßnahmen, die für makroökonomische Stabilität und Wachstum entscheidend sind. Bei unseren regulären und zinsvergünstigten Kreditvergabeprogrammen haben wir höheren Haushaltsdefiziten Rechnung getragen. Und unsere Programme enthalten jetzt spezielle Regelungen für den Schutz der ärmsten und verletzlichsten Menschen“.
- 32.** In der Weltbank lag der Schwerpunkt von Bemühungen um verstärkte Hilfen für sozialen Schutz bei der Einrichtung eines neuen Fonds für eine rasche soziale Reaktion, der neue Finanzierungszusagen von Gebern anziehen sollte. Bisher wurde der größte Teil der Kreditvergabe für Projekte für eine rasche soziale Reaktion im Rahmen der bestehenden Kreditkanäle abgewickelt. Ein großer Anteil ging an Länder mit mittlerem Einkommen in Lateinamerika, Osteuropa und Zentralasien, die bereits vor der Krise über Programme für soziale Sicherheitsnetze verfügten, die rasch aufgestockt werden können. Ein Multigeber-Treuhandfonds zur Finanzierung von Projekten für Sicherheitsnetze, Arbeitsmärkte und Beschäftigung sowie grundlegende Sozialdienste ist noch nicht in Betrieb.
- 33.** In seiner Erklärung im Oktober vor den Währungs-, Finanz- und Entwicklungsausschüssen des IWF äußerte der Generaldirektor des IAA Sorge, dass die vorgesehene Änderung der grundsatzpolitischen Ausrichtung der Beratung der Weltbankgruppe und des Umfangs der Finanzierung für Beschäftigungs- und Sozialschutzmaßnahmen nur sehr schleppend verwirklicht werde.

Eine Reihe von Schwellen- und Entwicklungsländern ist nicht in der Lage, die steuer- oder geldpolitischen Konjunkturmaßnahmen durchzuführen, die andere Länder einsetzen, um die Rezession zurückzudrängen. Wenn sie jedoch gezwungen sind, die Anpassung durch Ausgabenkürzungen zu erreichen, würde dies die Chancen einer globalen Erholung schwächen und das oft sehr empfindliche soziale Gewebe einer starken Belastung aussetzen. In ihrem Handlungsspielraum eingeschränkte Länder bedürfen mittel- bis langfristig internationaler Unterstützung zu sehr vorteilhaften Bedingungen, um ihnen die Zeit und die Möglichkeit zu geben, Strategien für eine Anpassung durch Wachstum zu entwickeln¹⁹.

- 34.** Die Weiterverfolgung der Feststellungen des Globalen Paktes, dass es notwendig ist,

der internationalen Gemeinschaft und insbesondere den internationalen Finanzinstitutionen nahezulegen, Mittel für antizyklische Maßnahmen in Ländern bereitzustellen, die mit

¹⁷ [http://siteresources.worldbank.org/DEVCOMMINT/NewsAndEvents/22339018/FinalCommunique88\(E\)100509.pdf](http://siteresources.worldbank.org/DEVCOMMINT/NewsAndEvents/22339018/FinalCommunique88(E)100509.pdf).

¹⁸ www.londonsummit.gov.uk/en/summit-aims/summit-communicue/.

¹⁹ <http://www.ilo.org/public/english/bureau/dgo/speeches/somavia/2009/imfc.pdf>.

fiskalischen und politischen Einschränkungen konfrontiert sind, höhere Hilfszusagen einzuhalten, um bei den Millenniums-Entwicklungszielen ernste Rückschläge zu vermeiden, und die internationale Gemeinschaft eindringlich zu ersuchen, Entwicklungshilfe, einschließlich von Haushaltshilfen, bereitzustellen, um auf nationaler Grundlage einen grundlegenden Sockel des sozialen Schutzes aufzubauen

ist eine Priorität für den Dialog innerhalb des Systems der Vereinten Nationen, mit dem IWF und den multilateralen Entwicklungsbanken und mit dem Beratungsausschuss für Entwicklungsfragen der OEDC (siehe auch GB.306/TC/4).

Koordinierung internationaler und nationaler Maßnahmen zur Gewährleistung wirtschaftlicher Erholung und ausgewogener Entwicklung

35. Der Globale Beschäftigungspakt enthält den Grundsatz, Verbindungen zwischen sozialem Fortschritt und wirtschaftlicher Entwicklung zu gewährleisten durch „vorrangige Aufmerksamkeit auf Schutz und Wachstum der Beschäftigung durch nachhaltige Unternehmen, leistungsfähige öffentliche Dienste und Schaffung eines ausreichenden sozialen Schutzes für alle als Teil kontinuierlicher internationaler und nationaler Maßnahmen zur Unterstützung wirtschaftlicher Erholung und Entwicklung. Diese Maßnahmen sollten rasch auf koordinierte Weise umgesetzt werden“.

36. Die Frage grundsatzpolitischer Kohärenz und Koordination ist ein wichtiges Thema der Erklärung der Führer der G20, in der

...ein Rahmen (aufgestellt wird), der die Maßnahmen und die Art und Weise darlegt, wie wir gemeinsam starkes, nachhaltiges und ausgewogenes globales Wachstum erzielen können. Wir benötigen einen dauerhaften Aufschwung, der die guten Arbeitsplätze schafft, die unsere Menschen benötigen. Wir müssen von staatlichen zu privaten Quellen für die Nachfrage übergehen, in allen Ländern eine Wachstumsstruktur schaffen, die nachhaltiger und ausgewogener ist, und wir müssen Entwicklungsungleichgewichte verringern. Wir verpflichten uns, einen Boom-Bust-Zyklus bei Güter- und Kreditpreisen zu vermeiden und im Einklang mit Preisstabilität eine makroökonomische Politik zu verfolgen, die eine ausreichende und ausgewogene globale Nachfrage fördert. Wir werden auch entscheidende Fortschritte bei strukturellen Reformen erzielen, die die private Nachfrage und das langfristige Wachstumspotential stärken. Unser Rahmen für starkes, nachhaltiges und ausgewogenes Wachstum ist ein Pakt, der uns verpflichtet, gemeinsam zu prüfen, wie unsere Maßnahmen zusammenpassen, zu evaluieren, ob sie insgesamt mit einem nachhaltigeren und ausgewogeneren Wachstum vereinbar sind, und das Notwendige zu tun, um unsere gemeinsamen Ziele zu erreichen.

Die G20-Finanzminister sind eingeladen, diesen Prozess mit Unterstützung des IWF in Gang zu bringen. Im Abschnitt über „Gute Arbeitsplätze ins Zentrum der wirtschaftlichen Erholung rücken“ stimmt die Erklärung zu, wie wichtig es ist, „für zukünftiges Wirtschaftswachstum einen beschäftigungsorientierten Rahmen einzurichten“.

37. In diesem Zusammenhang ist der Beschluss der G20-Führer, ein Treffen der Minister für Beschäftigung und Arbeit einzuberufen, „um unsere fortgesetzte Konzentration auf die Beschäftigungspolitik zu gewährleisten“, ebenso willkommen wie das Ersuchen um weitere Berichte der IAO über die Auswirkungen von Grundsatzpolitik, und die Antwort auf die Frage, ob weitere Maßnahmen wünschenswert sind, ist für die IAO von besonderer Bedeutung. Der von den G20 vorgesehene Rahmen weist eine starke Übereinstimmung mit zahlreichen Konzepten auf, die im Globalen Beschäftigungspakt enthalten sind, insbesondere im Abschnitt V über die Maßnahmen der IAO. Hier werden Tätigkeiten gefordert, um Arbeitsmarktinformationen zu verbessern, Informationen über die Krisenreaktion und Konjunkturpakete von Ländern zu sammeln und zu verbreiten, bereits ergriffene und künftig erforderliche Maßnahmen zu beurteilen, Partnerschaften mit internationalen Finanzins-

titutionen zu stärken, die länderspezifische diagnostische und grundsatzpolitische Beratung zu stärken und der Krisenreaktion in Landesprogrammen für menschenwürdige Arbeit Priorität einzuräumen. Die zur Intensivierung von Tätigkeiten in diesen Bereichen ergriffenen Bemühungen werden in GB.306/3/1 beschrieben, und sie sind noch dringlicher angesichts dessen, wie wichtig es ist sicherzustellen, dass die IAO auf Anfrage in der Lage ist, in den Bereichen, in denen sie eine anerkannte Autorität besitzt, einen Beitrag zu der von den G20-Führern geforderten Analyse von Politiken zu leisten.

- 38.** Was die Nachhaltigkeit der Erholung und die Gestaltung einer fairen Globalisierung betrifft, so ist die schwache Erholung in vielen Ländern mit andauernden Arbeitsmarktproblemen, die im sozialen Gewebe tiefe Spuren hinterlassen und ihrerseits auch zu schwachem Wachstum führen, ein ernstes Risiko, das mit Hilfe kohärenter und koordinierter grundsatzpolitischer Bemühungen vermieden werden sollte.
- 39.** Viele der am wenigsten entwickelten Länder und einige Entwicklungs- und Schwellenländer mit mittlerem Einkommen sind aufgrund einer Kombination von Umständen nicht in der Lage, eine größere grundsatzpolitische Initiative nach den Leitlinien des Globalen Beschäftigungspaktes auf den Weg zu bringen. Zu diesen Umständen gehören eine stark angespannte Haushaltslage, eine hohe Auslandverschuldung und schwache institutionelle Kapazität zur Umsetzung von Politiken. Internationale Bemühungen sind nötig, um finanzielle und technische Unterstützung zu mobilisieren, damit diese Probleme gelöst werden können.
- 40.** Anzeichen dafür, dass die Rezession ihren Tiefpunkt erreicht hat und das Wachstum wieder auflebt, sind in einer Reihe von Ländern weitgehend von zusätzlicher Nachfrage abhängig, ausgelöst durch Steuererleichterungen und höhere Ausgaben in Verbindung mit einer monetären Lockerung, um den Finanzmärkten zu sehr niedrigen Zinssätzen Liquidität zur Verfügung zu stellen²⁰. Staatliche Haushaltsdefizite führen jedoch zu Sorge hinsichtlich der künftigen Steuerbelastung und ein mögliches Aufflammen von Inflation. Politische Entscheidungsträger erörtern daher mögliche Strategien für einen Ausstieg aus den außergewöhnlichen grundsatzpolitischen Bemühungen, die im letzten Jahr unternommen worden sind. Mehrheitlich besteht jedoch die Auffassung, dass eine verfrühte Einstellung dieser Maßnahmen die Gefahr mit sich bringt, den Aufschwung abzuwürgen oder sogar umzukehren. Der Zeitpunkt und die Geschwindigkeit möglicher Ausstiegsstrategien sind für den Verlauf der Beschäftigerholung von großer Bedeutung, und einige Finanzminister haben erklärt, Ausstiegsmaßnahmen sollten erst dann angewandt werden, wenn Anzeichen für einen Rückgang der Arbeitslosigkeit erkennbar sind²¹.
- 41.** Um den Aufschwung abzustützen, ist in vielen Ländern ein breiter angelegtes und wirtschaftlich, sozial und ökologisch ausgewogeneres Wachstum erforderlich. International wird zwar der Frage von Defiziten und Überschüssen viel Aufmerksamkeit geschenkt, es gibt jedoch verschiedene wichtige Bereiche wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Ungleichgewichte, deren Abbau einen Beitrag zu einer Erholung und zu einer Gestaltung einer fairen, integrativen und stabileren Globalisierung leisten könnte. Zu Maßnahmen gegen diese Ungleichgewichte gehört Folgendes:
- ein beschäftigungsintensiveres Wachstum;
 - ein höherer auf Löhne entfallender Anteil am Produktivitätswachstum und eine Verringerung von Lohnungleichheiten;

²⁰ IMF: *World Economic Outlook*, Washington, Okt. 2009, Kap. 1.

²¹ Christine Lagarde, französische Ministerin für Wirtschaft, Industrie und Beschäftigung, in der *Financial Times*, 7. Okt. 2009.

- eine stärkere Betonung einer sozialen Grundsicherung;
 - Gewährleistung, dass der Finanzdienstleistungssektor der Realwirtschaft dient;
 - mehr Schwergewicht auf eine grünere Wirtschaft und die Schaffung grüner Arbeitsplätze.
42. Eine wichtige Triebkraft für Wachstum und Erholung wird ein höherer Konsum sein, der wiederum stark vom Beschäftigungswachstum, einem höheren auf Löhne entfallenden Anteil an Produktivitätszuwächsen und einem verbesserten sozialen Schutz abhängt. Dies sollte dazu beitragen, eine längere Stagnationsperiode zu vermeiden, einen stärker integrativen Wachstumspfad einzuschlagen und die Entwicklung zahlreicher nachhaltiger Unternehmen zu stimulieren. Eine neue Austarierung des seit langer Zeit fallenden Anteils der Arbeitseinkommen am BIP in vielen Ländern ist zunehmend als ein wichtiges Merkmal einer künftig stabileren und stärker integrativen Globalisierung anerkannt ²².
43. Vorrangig im Rahmen des Rates für Finanzstabilität finden intensive Gespräche über neue Regelungen für die internationalen Finanzmärkte statt. Ein wichtiger Schwerpunkt dieser Gespräche ist die Verhütung der Art von katastrophalen systemischen Risiken, die sich vor 2007 entwickelten und eine globale Rezession verursachten, unter deren Auswirkungen Unternehmen und arbeitende Frauen und Männer viele Jahre lang leiden werden. Weniger klar ist jedoch, inwieweit die neuen Regelungen dazu beitragen, der Realwirtschaft und der Schaffung von Chancen für menschenwürdige Arbeit einen höheren Wert einzuräumen.
44. Die Gestaltung neuer Verbrauchs-, Produktions- und Beschäftigungsstrukturen die mit dem Ziel im Einklang stehen, der globalen Erwärmung Einhalt zu gebieten, ist für die Agenda für menschenwürdige Arbeit ebenfalls eine große Herausforderung. Die Anerkennung der Bedeutung eines ausgewogenen Übergangs zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft in einem neuen Abkommen in Kopenhagen im Dezember 2009 würde dazu beitragen, den Boden für kohärente Umwelt- und Beschäftigungspolitiken zu bereiten. Die Herausforderung, einen umweltverträglichen globalen Wachstumspfad einzuschlagen, der gleichzeitig auch zur Verwirklichung bisher nicht erreichter Entwicklungsziele – z. B. der Beseitigung der Armut – beiträgt, ist ein wichtiges Anliegen.

Schlussfolgerung

45. Die Reaktion des multilateralen Systems auf die Annahme des Globalen Beschäftigungspaktes ist sehr ermutigend. Die Sicherung einer globalen wirtschaftlichen Erholung, das Neuaustarieren der wirtschaftlichen Entwicklung und die Erhöhung des Beschäftigungsgehalts des Wachstums sind wichtige grundsatzpolitische Herausforderungen, zu denen die IAO einen Beitrag leisten muss.
46. Wie von vielen Teilnehmern der Internationalen Arbeitskonferenz betont, verlangt die Erfüllung der Ziele des Paktes, dass die IAO eng mit einer Reihe von Partnern im multilateralen System zusammenarbeitet, um die grundsatzpolitische Kohärenz und internationale Koordination zu verbessern. Dafür ist es nötig, dass die Mitgliedsgruppen der IAO und das Amt fortgesetzt Bemühungen unternehmen, um Ländervertreter in den Lenkungsgremien anderer Organisationen mit zum Globalen Beschäftigungspakt nahestehenden Mandaten und deren Mitarbeiter aufzuklären wie wichtig es ist, einen Beitrag zu leisten zu einer raschen Wiederherstellung von Chancen auf menschenwürdige Arbeit, der Gestaltung

²² Kemal Dervis, Vizepräsident, Global Economy and Development, Brookings Institution: „Growth after the storm?“, *The Per Jacobsen Lecture*, Istanbul, 2009.

effektiverer Politiken in Bereichen wie grundlegender sozialer Schutz und der Schaffung eines förderlichen Umfeldes für starkes, nachhaltiges und ausgewogenes Wachstum.

Genf, 4. November 2009.

Zur Information.

Anhang

Kommentare der Mitgliedsgruppen zum Bericht des IAA „Protecting people, promoting jobs“¹

Kommentare der Regierung Japans

Wir bitten darum, Informationsanhang 1 wie folgt abzuändern.

Kasten 3 (Seite 27) sollte lauten:

Japan: 12 Billionen Yen wurden der Kredit-Garantievereinigung zur Erleichterung der Kreditknappheit von KMUs, weitere vier Billionen Yen für Kredite für Sicherheitsnetze bereitgestellt.

Kasten 6 (Seite 29) sollte lauten:

Japan: Die Arbeitgebern direkt auszahlende Beschäftigungsanpassungssubvention wurde von der Hälfte der Arbeitnehmer-Anpassungskosten für Großunternehmen auf zwei Drittel und für KMUs von zwei Drittel auf vier Fünftel angehoben (wenn der Arbeitgeber die Entlassung seiner gegenwärtigen Beschäftigten vermeiden kann und ähnliche Maßnahmen trifft, kann die Subvention erhöht werden) bis zu einem Maximum von 80 US-Dollar pro Tag (wird Ausbildung bereitgestellt, kann der Betrag um weitere 41 US-Dollar pro Tag für Großbetriebe und 62 US-Dollar pro Tag für KMUs für maximal 300 Tage in drei Jahren erhöht werden). Die Subvention wird finanziert mit Hilfe des Arbeitgeberbeitrags zur Arbeitslosenversicherung.

¹ Liegt deutsch nicht vor.

* Die Höhe der Subvention wird berechnet anhand des USD-JPY-Wechselkurses (1 USD = 96,32 JPY) vom 30. Juni 2009.

Kommentare des Spanischen Arbeitgeberverbandes (CEOE) (Madrid, 1. Oktober 2009)

Der CEOE begrüßt den Bericht als einen positiven und dringend erforderlichen Schritt in einem kritischen Moment der Entwicklung der Beschäftigung. Die Tatsache, dass er mit den auf dem G20-Gipfel vereinbarten Maßnahmen verknüpft wird, verleiht ihm besondere Relevanz und trägt dazu bei, die Rolle der IAO auf der neuen internationalen Bühne zu stärken.

Ein weiteres positives Zeichen ist die enge Zusammenarbeit mit der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Die Zusammenarbeit zwischen beiden internationalen Organisationen in zentralen Fragen der Studie und der Austausch von analytischen Methoden und Ergebnissen werden sich zweifellos im Hinblick auf stärkere Visibilität und Effizienz als vorteilhaft erweisen.

Darüber hinaus ist die von der IAO erstellte Übersicht von Maßnahmen (Anhang 3 des Berichts) äußerst nützlich, denn sie zeigt, welchen Mehrwert eine Organisation bieten kann, die über eine einzigartige Perspektive verfügt, die ihr eine Verbesserung und Vertiefung der Kenntnisse der verschiedenen beschäftigungspolitischen Maßnahmen ermöglicht².

Gleichzeitig möchten wir trotz unserer *insgesamt positiven Beurteilung* des Berichts *vier kurze Bemerkungen* zu seinem Inhalt machen.

- Wie im Bericht selbst angemerkt, stößt die Analyse allgemeiner Beschäftigungstendenzen an Grenzen. Das größte Problem ist die *unterschiedliche Art der Beschäftigungssituationen* und -tendenzen, die aufgrund der Krise in verschiedenen Teilen der Welt entstanden sind. Wir stehen – möglicherweise zum ersten Mal – vor einer wahrhaft globalen Krise, die zwar jede Region des Planeten betrifft, deren Auswirkungen jedoch sehr unterschiedlich sind (was im Bericht deutlich wird). Daher sind die allgemeinen Schlussfolgerungen im Hinblick auf Beschäftigungstendenzen mit Vorsicht zu behandeln, und dies betrifft auch die Analysen hinsichtlich der Erholung im Bereich der Globalen Beschäftigung (Anhang 5).
- Die Beurteilung der im Bericht aufgezeigten Maßnahmen von Ländern ist *möglicherweise übermäßig quantitativ und nicht ausreichend qualitativ*, was die Schwerpunktsetzung betrifft. Eine anhand des Anteils oder der Anzahl der in verschiedenen Bereichen getroffenen Maßnahmen durchgeführte Beurteilung stößt zwangsläufig auf wichtige Einschränkungen gegenüber einer Analyse, die sich auf mögliche Auswirkungen [dieser Maßnahmen] und der dafür bereitgestellten Ressourcen stützt.
- Gleichzeitig ist es aufgrund der *zwischen den verschiedenen Maßnahmen bestehenden Wechselbeziehungen gelegentlich schwierig, sie in unterschiedlichen Kategorien einzuteilen* (z. B. Maßnahmen zur Verringerung von Sozialversicherungsbeiträgen sind auch Maßnahmen zur Stützung der Beschäftigung und könnten bei Durchführung vorangegangener Konsultationen in den Abschnitt über Konsultationen über Reaktionen auf die Krise aufgenommen werden).
- Der letzte Teil des Berichts, Anhang 4, gibt einen Überblick über die Beschäftigungsauswirkungen von Konjunkturmaßnahmen. In diesem Abschnitt wird behauptet, dass die Beschäftigung weltweit in einer Bandbreite von 2,0 bis 5,7 Millionen im Jahr 2009 zunehmen könnte. Neben der bereits geäußerten Ansicht, dass bei allgemeinen Beurteilungen von Beschäftigungstendenzen Zurückhaltung erforderlich ist, *ist es auch schwierig, die mittel- und langfristigen Auswirkungen dieser Maßnahmen auf*

² „Kasten 7. Jugendbeschäftigungsprogramme: Vor- und Nachteile“ war ebenfalls nützlich und erwies sich als wertvolle Orientierungshilfe.

die Beschäftigung zu bestimmen. Anders ausgedrückt besteht die wichtigste Einschränkung dieser Beurteilung darin, nicht anzugeben, wie dauerhaft die geschaffenen Arbeitsplätze auf mittlere und längere Sicht sein werden.